



DRK-Landesverbände
in Baden-Württemberg



Landkreistag
BADEN-WÜRTTEMBERG



AOK
AOK Baden-Württemberg
Die Gesundheitskasse.

ikk classic

vdek
Die Ersatzkassen

Zukunft der Leitstellenstruktur in Baden-Württemberg

Kernpositionen

- **Bildung von regionalen Leitstellenverbänden, in denen die technische Infrastruktur der beteiligten Verbund-Leitstellen an einem Standort zentral vorgehalten wird**
- **Ein regionaler Leitstellenverbund könnte sich auf ca. 500.000 bis 1,2 Millionen Einwohner erstrecken**
- **Gemeinsame Nutzung und Einsparung von Technikkomponenten**
- **Vernetzung der regionalen Leitstellenverbände untereinander im Sinne einer vollwertigen Redundanz**
- **Synergien nutzen, lokale Handlungsfähigkeit erhalten, Mitarbeitende binden**
- **Umsetzung im Rahmen der natürlichen Investitionszyklen**
- **Leistungsfähigkeit und wirtschaftlichen Betrieb sicherstellen**

Sachstand

In den vergangenen Jahren befasste sich die Lenkungsgruppe Leitstellenstruktur mit der Weiterentwicklung der bestehenden Struktur der 34 Integrierten Leitstellen (ILS). In diesem Zusammenhang wurde auch die Vernetzung der Integrierten Leitstellen untereinander sowie die Einführung einer einheitlichen Technik beraten. In einem vom Ministerrat gebilligten Eckpunktepapier der Lenkungsgruppe wurde 2017 festgehalten, dass die Einführung einer landesweit einheitlichen Leitstellentechnik und einheitlicher Software – beispielsweise in einer Cloud-Lösung – der richtige Weg sei. In den folgenden Beratungen musste festgestellt werden, dass die finanziellen Mittel für die Vereinheitlichung der Technik und die Vernetzung der bestehenden Leitstellen derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Weiterentwicklung der Leitstellenstruktur in Baden-Württemberg

Veränderungen in der Sicherheitslage mit Auswirkungen auf den Katastrophen- und Zivilschutz, die steigenden Anforderungen an das Management von Unwetterlagen und sonstigen Großschadensfällen, technische Veränderungen, steigende Anforderungen an das Qualitätsmanagement sowie die eingeschränkte Verfügbarkeit von Fachkräften machen eine bereichsübergreifenden Zusammenarbeit der ILS im Land wichtiger denn je, wobei auf der anderen Seite die Vorteile von dezentralen Strukturen nicht verloren gehen darf. Dabei ist eine Bündelung von Kreisaufgaben (= Katastrophenschutzbehörde) und Gemeindeaufgaben (= Lagebild als Tatsachengrundlage für Maßnahmen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr) entscheidend. Ebenfalls dürfen die Rahmenbedingungen nicht außer Acht gelassen werden: Diese unterscheiden sich je nach Prägung der Region – ländlich oder städtisch und daran anknüpfenden Erwartungen. Aus diesem Grund haben sich – den örtlichen

Gegebenheiten geschuldet – Stadtkreise und Landkreise, dort wo es passt, zusammengefasst. Die wachsenden Herausforderungen schaffen gleichzeitig zusätzliche Chancen zur Weiterentwicklung. Die Landkreise, zum Teil mit Unterstützung der Feuerwehren kreisangehöriger Städte, die Stadtkreise mit ihren Berufsfeuerwehren und das DRK als jahrzehntelange zuverlässige Träger der ILS in Baden-Württemberg sehen daher die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Leitstellenstruktur. Nach unserer Einschätzung ist es aufgrund der dargestellten Sachlage notwendig, die bestehende dezentrale Struktur weiterzuentwickeln und im Rahmen einer technischen Vernetzung mit zentralen Technikkomponenten resilienter, moderner und zukunftsfähiger zu gestalten. Zugleich sind mögliche Kostenentlastungspotentiale zu erschließen.

Bildung von regionalen Leitstellenverbänden

Regionale Leitstellenverbände sollen ca. 500.000 bis 1,2 Millionen Einwohner erfassen. - Synergien zu bestehenden Strukturen im Sinne der Aufgabenerledigung und der Reduzierung von Schnittstellen, insbesondere innerhalb der Verwaltungsstrukturen, der Gefahrenabwehr und der Versorgungsstrukturen, müssen gefunden werden -. Dies bedeutet, dass ca. drei bis fünf der derzeitigen ILS hiermit Teil eines regionalen Leitstellenverbands würden. Darüber hinaus würden diese Verbände im Rahmen eines über Baden-Württemberg sukzessive aufzubauenden Leitstellennetzes vernetzt werden, sodass ein Leitstellenverbandsystem Baden-Württemberg (LVS BW) und eine vollwertige Georedundanz entstehen würde. Bereits etablierte bzw. in sich in Entwicklung befindliche Projekte zur Zusammenarbeit der Leitstellen, die hier genannte Vision berücksichtigen, sollen hierbei Beachtung finden und unterstützt werden. Bereits heute haben sich in den Stadtkreisen mit den benachbarten Landkreisen gemeinsame ILS gebildet. Sie verfügen hierdurch über die notwendige Erfahrung im Aufbau und Betrieb sowie der Unterhaltung einer kreisübergreifenden ILS.

Stärkung der regionalen Strukturen in Baden-Württemberg

Ein regionaler Leitstellenverbund beschreibt dabei eine technische Einheit und organisatorische Zusammenarbeit, die auf mehreren angeschlossenen Standorten verteilt betrieben wird; er regelt seine interne Organisationsform selbst. Die Standorte arbeiten somit auf der Basis gemeinsam genutzter Technik und Systeme, nach gleichen Standards und Dispositionsgrundsätzen, so dass eine gegenseitige Vertretung und Unterstützung möglich ist. Auch können einzelne ILS innerhalb des Leitstellenverbundes Schwerpunktaufgaben (z. B. Krankentransportdisposition) übernehmen. Die Anzahl dieser ILS im Leitstellenverbund kann hierbei nach den Erfordernissen und Strukturen vor Ort durch die Verantwortlichen – insbesondere wegen der weiteren gefahrenabwehrrechtlichen Aufgabendurch die Landkreise und Stadtkreise – definiert werden.

Die Handlungsfähigkeit der Stadt- und Landkreise im Großschadens- und Katastrophenfall bleibt erhalten. Die Einbeziehung von Feuerwehren im Leitstellenverbund kann insbesondere durch die dortigen Schichtdienstmodelle mit zusätzlichen in Bereitschaft im Gebäude befindlichen Disponenten und Führungsdiensten die Gewähr für eine sofortige Personalverstärkung bieten. Die Präsenz in der Fläche ermöglicht hierbei, dem nach wie vor erheblichen Fachkräftemangel begegnen zu können, da auch weiterhin regionale Arbeitsplätze verteilt über das ganze Land angeboten werden können, ohne sich hierbei auf einen Standort im neugefassten Zuständigkeitsbereich zu beschränken. Gleichzeitig ermöglicht der Leitstellenverbund eine gemeinsame, standortunabhängige Personal- und Dienstplanung, was zur Flexibilisierung beiträgt. Moderne Rahmenbedingungen unterstützen hierbei die zukünftige Attraktivität der Betätigung, was ebenfalls positiv zur Bindung der Mitarbeitenden beitragen wird.

Gemeinsame Nutzung von Technik

In der bisherigen Struktur betreibt und nutzt jede ILS ihre eigene Technikinfrastuktur, die ergänzt wird um eine Redundanzstruktur. Eine modernisierte Leitstellenstruktur ermöglicht eine Reduzierung der Standorte, die diese Technik vorhält. Während die Anrufannahme und Disposition der Rettungsmittel an allen Leitstellenstandorten durchgeführt werden kann, befindet sich die Technikinfrastuktur eines Leitstellenverbundes grundsätzlich an einem zentralen Betriebsort innerhalb des Leitstellenverbunds. Die Strukturen innerhalb des Verbundes agieren hierbei stets redundant zueinander. Mittels sicherer Datenverbindungen rückt daher in den Hintergrund, von welchem Standort aus der Betrieb sichergestellt wird. Zugriffen wird hierbei auf gemeinsam genutzte Serverarchitekturen, gemeinsame Kommunikations-Management-Systeme und ein einheitliches Einsatzleitsystem. Hürden der gegenseitigen Alarmierung und Kapazitätsengpässe bei der Anrufannahme und der Disposition werden abgebaut. Die Wartung und Pflege des Einsatzleitsystems und der hinterlegten Daten können innerhalb einer gemeinsam genutzten Struktur schneller, koordinierter und damit auch stabiler erfolgen. Den hierdurch zu erreichenden noch höheren Professionalisierungsgrad der Betreuung der IT-Infrastruktur würde zu einem stabileren und effizienteren Betrieb beitragen und eine noch höhere Ausfallsicherheit erzeugen. Die Verteilung der Disponierenden auf die Verbund-Leitstellen trägt zur Erhöhung der Resilienz bei und ermöglicht es auch zukünftig, überwiegend Mitarbeitende mit einer hohen Ortskenntnis wohnortnah einzusetzen.

Redundanz und Sicherheit

Neben der Vernetzung und der gegenseitigen Ausfallredundanz der Standorte eines regionalen Leitstellenverbundes werden Schnittstellen zwischen allen Verbänden geschaffen. Der Ausfall einzelner Standorte oder gar ganzer regionaler Leitstellenverbände wird hierdurch durch sinnvolle Georedundanzen aufgefangen und der sichere Betrieb gewährleistet. Es werden landesweit einheitliche Systeme angestrebt, um eine perspektivisch schnittstellenfreie Vernetzung der Leitstellenverbände zu erreichen,

Finanzierung

Die überwiegenden Kosten, die zum Betrieb einer Leitstelle notwendig sind, ergeben sich aus den Personalkosten und den regelmäßig zu erneuernden Technikkomponenten. Kosten der Errichtung einer Leitstelle werden über den Nutzungszeitraum abgeschrieben, wobei der Flächenbedarf sich insbesondere durch den Bedarf von Leitstellenarbeitsplätzen und den Technikräumen ergibt.

Die Personalbemessung soll auf Ebene des Leitstellenverbundes durchgeführt und auf der Basis gutachterlicher Ansätze, die im Zusammenhang mit dem Anrufaufkommen und relevanter Bemessungsszenarien inkl. Aufwuchskonzept (z. B. MANV, Gefahrstoffaustritt, Unwetterlage) des Leitstellenverbundes stehen, ermittelt werden. Auch bei Großschadenslagen und Katastrophen im Hinblick auf die Anrufannahme und das Einsatzmanagement inklusive Lagebild und Warnung der Bevölkerung muss eine Leistungsfähigkeit sichergestellt sein. Dementsprechend ist eine auslastungsorientierte und szenariobasierte Herangehensweise zur Bestimmung des Personalbedarfs in einem Leitstellenverbund notwendig. Mit der Umsetzung des vorgeschlagenen Modells können Personalressourcen (z. B. in den Randzeiten) und der Dienstbetrieb optimiert werden, was ein Kostensenkungspotential mitbringt. Auch kurzfristige Personalausfälle oder kurzfristige Personalbedarfe (z. B. bei regionalen Großschadensereignissen) lassen sich innerhalb eines regionalen Leitstellenverbunds deutlich besser auffangen, da die zur Verfügung stehenden Ressourcen des Verbundes flexibler und effektiver eingesetzt werden können.

Insgesamt ist mit der Bildung von Leitstellenverbänden kein Aufwuchs der Leitungs- und Verwaltungsstrukturen sowie der damit verbundenen Overheadkosten beabsichtigt. Stattdessen soll ein Leitstellenverbund auch die gemeinsame Betrachtung des notwendigen Leitungs- und Verwaltungsbedarfs auf Ebene des Leitstellenverbundes sowie standortübergreifende Funktionen ermöglichen.

Durch die gemeinsame Nutzung der Technik sind Kostensenkungen erreichbar. In einem Zyklus von ca. fünf bis sieben Jahren müssen die investitionsintensiven technischen Komponenten einer Leitstelle ausgetauscht werden. Durch die gemeinsame Nutzung der Technik sind weniger individuelle Infrastrukturen und Redundanzlösungen vorzuhalten, was die Investitionskosten senken dürfte. Zudem sind die Entwicklung und Pflege kostenintensiver Schnittstellen zwischen den Verbänden deutlich effizienter und kostengünstiger zu realisieren. Durch die Einführung von landesweit einheitlichen Systemen werden neue Schnittstellen perspektivisch obsolet.

Sind Ausweitungen der Leitstellenarbeitsplätze notwendig, können zunächst bereits vorhandene Ressourcen innerhalb des Leitstellenverbundes geprüft und genutzt werden. Sofern Neu-/Um- oder Erweiterungsbauten bei ILS anstehen, sollen auch gemeinsame Raumkonzepte innerhalb des Leitstellenverbundes geprüft und verschiedene in Frage kommende Raumalternativen unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten beurteilt und ausgewählt werden.

Zeithorizont

Soweit sich aus dem Sondervermögen des Bundes keine Finanzmittel für den ad-hoc-Umbau der Leitstellenstruktur generieren lassen und auch der Haushaltsgesetzgeber im Land die nötigen Finanzressourcen insoweit nicht bereitstellt, müssen die Umsetzung der Konzeption durch finanzielle Anreize durch das Land im Zuge anstehender Neubauten von Leitstellen bzw. bei Ersatzbeschaffungen der Technikkomponenten erreicht werden. Die neue Leitstellenstruktur würde somit organisch wachsen und könnte in einem Zeithorizont zwischen fünf bis zehn Jahren erreicht werden. Die sukzessive Umsetzung würde somit mit den natürlichen Investitionszyklen zusammenfallen und hierdurch ebenfalls zur Kosteneffizienz beitragen. Eine schnellere Umsetzung wäre, wie gesagt, nur dann vorstellbar, wenn über das Sondervermögen des Bundes oder den Haushaltsgesetzgeber die Finanzmittel bereitgestellt werden, um – ganz oder teilweise unabhängig von den regulären Investitionszyklen – in die Weiterentwicklung der Leitstellenstruktur einzusteigen.

Investitionen werden partnerschaftlich zwischen den kommunalen und rettungsdienstlichen Kostenträgern getroffen.

Dieses Papier wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erstellt, an der die DRK-Landesverbände, der Landesfeuerwehrverband, der Landkreistag, der Städtetag und die Krankenkassen/-verbände (AOK Baden-Württemberg, IKK classic, Verband der Ersatzkassen) beteiligt sind. Es wird erwartet, dass das Land diese Arbeitsgruppe und die gemeinsame Weiterentwicklung und Konkretisierung mit entsprechendem Personal unterstützt, um den Prozess zu steuern und gemeinsam mit allen Beteiligten voranzubringen.

Unbenommen der Bildung von Leitstellenverbänden ist weiterhin auch die Errichtung und der Betrieb von bereichsübergreifenden Leitstellen möglich. Je nach Größe der bereichsübergreifenden Leitstelle wird diese entweder Bestandteil eines Leitstellenverbundes oder sie bildet einen Leitstellenverbund im Sinne dieses Papiers.